

Bissing, W.M. Frhr. von

Article

Nationale Idee und politisches Ziel (II)

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Bissing, W.M. Frhr. von (1956) : Nationale Idee und politisches Ziel (II), Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 76, Iss. 5, pp. 79-102,
<https://doi.org/10.3790/schm.76.5.79>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290860>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Nationale Idee und politisches Ziel (II)

Von

W. M. F r h r. v o n B i s s i n g - M a r b u r g

II. Die preußische Idee und die Einigung des Reiches 1848 bis 1871

Wir wollen aus den Ereignissen von 1848 nur das für uns Entscheidende kurz zusammenfassen: Die Revolution von 1848 war eine Auflehnung gegen die sichtbaren Gewalten, die sich dem Drang nach geistiger und persönlicher Freiheit entgegenstimmten, von dem die Menschen damals erfaßt waren. Mit Recht bemerkt Rudolf Stadelmann, daß sie keine Folge sozialer Ungerechtigkeiten war²⁷. Drei Kräftegruppen trieben vielmehr zur Revolution:

1. der Nationalstaatsgedanke, der den verhaßten Deutschen Bund sprengen und einen einheitlichen freiheitlichen und starken deutschen Staat an dessen Stelle setzen will;
2. der Gedanke der persönlichen Freiheit und der Beseitigung des Absolutismus, der dem selbstbewußter und kräftiger gewordenen Bürgertum entstammte;
3. der vordringende Kapitalismus, der zu seiner weiteren Entwicklung den verfassungsmäßig garantierten Rechtsstaat verlangte und sich gegen den Absolutismus und gegen die Vorherrschaft des Adels und seine Privilegien wandte.

In der Revolution wird der religiöse und liberale Radikalismus aktiv. Das liberale Bürgertum wendet sich gegen das Gottesgnadentum des Landesherrn, und steht — soweit es protestantisch ist — der Kirche bestenfalls konventionell gegenüber. Der Katholizismus dagegen sammelt sich zu bewußter Abwehr der Revolution. In Mainz findet 1848 der erste deutsche Katholikentag statt, in Mainz entstehen gleichzeitig die Pius-Vereine, und auch in der Frankfurter Nationalversammlung spalten sich die Meinungen auf konfessioneller Grundlage. Die katholischen Abgeordneten sind für die Aufnahme Österreichs in den neuen Deutschen Nationalstaat, während die protestan-

²⁷ R. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 5.

tischen Abgeordneten den Ausschluß Österreichs und die Führung Preußens im neuen Deutschland erstreben.

Das ist die grundlegende Spaltung, die durch die Frankfurter Paulskirche hindurchgeht, und sie mußte von vornherein die Entstehung einer nationalen Idee im Schoße der Nationalversammlung erschweren. Man war sich ja noch nicht einmal klar darüber, was eigentlich zu Deutschland gehörte. Und es zeigte sich in Kürze immer mehr, daß die Versammlung keinen wirklich innerlich tieferfaßten nationalen Wegweiser hatte, sondern daß sie nur einem bestimmten politischen Ziel nachjagte, nämlich dem nationalen Einheitsstaat, über dessen Aufgabe, Aufbau und Verfassung die Meinungen erheblich auseinandergingen.

Die Nationalversammlung in Frankfurt war vor allem eine Versammlung des Bildungsbürgertums, aber daneben suchte sich auch das Besitzbürgertum Geltung zu verschaffen, ein Zeichen des sich entwickelnden Kapitalismus. Der konservative Adel dagegen war fast ganz ausgeschaltet, denn gerade gegen ihn als die Stütze des Absolutismus richtete sich ja die Revolution. So wurde die Versammlung naturgemäß vom liberalen Gedanken beherrscht, der jetzt zur nationalen Idee hätte hingeführt werden müssen. Aber es fehlte der Versammlung noch die Kraft zum Glauben und auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Glaubens. Weil die leitende Idee fehlte, redete man sich auseinander und zerfiel schließlich in eine Reihe von politischen Gruppen, deren Zusammensetzung und Stärke sich ständig änderte. Die Tendenz zur Zersplitterung der politischen Kräfte trat erschreckend zutage, wie es auch nicht anders sein konnte, wenn die nationale Idee fehlte.

Heinrich von Gagern suchte in dieser Lage dem neuen Deutschland, das in Frankfurt entstehen sollte, auch eine Aufgabe zu geben. Er sprach davon, daß der neue nationale Einheitsstaat vor der Aufgabe stünde, „deutsche Gesinnung längs der Donau“ zu tragen und in Mitteleuropa ein Bollwerk gegen die Slawen zu errichten²⁸. Das war wohl eine Aufgabe, aber diese Aufgabe konnte nur dann als Idee einen Niederschlag finden, wenn der Staat, in dem Slawen und Deutsche zusammenwohnten, in dem sogar die Slawen die Mehrheit bildeten, aus dem deutschen Geschehen ausgeschaltet wurde, und wenn Preußen sich besann, wie es nach dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland seine Führerrolle spielen sollte, obwohl ein Teil seiner Ostprovinzen von Slawen bewohnt war. So war diese Idee und Aufgabe doch außerordentlich unklar.

²⁸ Wilhelm Mommsen, *Größe und Versagen des deutschen Bürgertums*. 1949, S. 200.

Die Frankfurter Nationalversammlung endete, wie nicht anders zu erwarten war, im Nichts. Man meint, die Deutschen hätten damit ihre Unfähigkeit bewiesen, politisch zu denken und zu handeln. Doch diese Betrachtung bleibt an der Oberfläche. Tiefer und richtiger hat J. A. Armbrusch in einem Brief an J. v. Olfers gesehen: „Weil hier von Anfang an keine wahrhaft sittliche Begeisterung für das Wohl des Vaterlandes geherrscht hat, weil die Idee, die uns zusammenführt, bei weitem nicht mächtig genug wirkt, um den Strudel des Ehrgeizes und den Eigensinn der Doktrin in vielen Einzelheiten zugunsten des Ganzen zu brechen und zu freudiger Aufopferung für die Einigkeit umstimmen zu können²⁹.“ Die Frankfurter Versammlung ist gescheitert, weil sie nicht unter der Herrschaft einer nationalen Idee stand.

Das aber bedeutete ein Versagen des Bildungsbürgertums, und dies wiederum mußte zum Sieg der Reaktion und des Adels führen. Der Adel besaß nach wie vor die entscheidenden Zugänge zur Staatsmacht, und aus ihm setzte sich auch weiterhin die Umgebung der Landesherren zusammen. Das Bildungsbürgertum hatte außer seiner Bildung weiter keine Machtposition. Damit war aber vor allem in Preußen das Schicksal der nationalen Idee bestimmt. Preußen war durch die Nationalversammlung, als sie dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone antrug, zu der großen bewegenden Kraft der deutschen Zukunft gemacht worden.

In Preußen hatte die Revolution zunächst den konservativen Adel in den Hintergrund gedrängt. In den ersten Regierungen nach der Revolution spielte das westdeutsche protestantische Besitzbürgertum eine führende Rolle, und auch in der preußischen Nationalversammlung war der konservative Adel kaum vertreten. Aber der konservative Adel hatte durch die Kamerilla, die den König umgab, und dadurch, daß er die maßgebenden Stellen im Offizierskorps und in der Verwaltung weiterhin besetzt hatte, noch eine starke Macht, die er auch rücksichtslos ausnutzte, um zu halten, was noch gehalten werden konnte. Schon im Sommer 1848 hatte sich der großgrundbesitzende Adel unter Führung von Kleist-Retzow in den Ostprovinzen zum sogenannten Junker-Parlament zusammengeschlossen. So gelangte der Liberalismus und das Bürgertum in Preußen nicht in die entscheidende Position. Wo es ihm doch vereinzelt gelungen war, wurde es mattgesetzt.

Der schwache König hatte in den Märztagen 1848 vor dem liberalen Kleinbürgertum kapituliert, und in der ersten Furcht läßt er sich sogar zu den Worten hinreißen, daß Preußen in Deutschland aufzugehen habe. Er gab damit seinem preußischen Staat eine deutsche und

²⁹ Ludwig Bergsträsser, *Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern*, 1929, S. 27.

nicht nur preußische Aufgabe. Doch dieser Staat war noch gar kein Staat, der von dem in ihm wohnenden Volk als solcher empfunden wurde. Erst die Nationalversammlung hat eine preußische nationale Vergemeinschaftung und damit einen wirklichen preußischen Staat geschaffen. Und jetzt unter dem Einfluß der Revolution wurde es deutlich, daß dieser preußische Staat eine nationale Aufgabe hatte, daß er eine deutsche Notwendigkeit und nicht nur eine dynastische Existenz war. So hätte die Revolution in Preußen König und Volk aufrütteln und zur nationalen Idee fortreißen müssen.

Der König war sicher von einem tiefen religiösen Glauben erfüllt. Doch dieser Glaube hatte nicht die Klarheit und Unerbittlichkeit wie der Cromwells, sondern er schwebte in einem unklaren Mystizismus, und der Träger dieses Glaubens war eine im Grunde schwache und unsichere Persönlichkeit, deren Hauptstärke es war, negative Entscheidungen zu fassen³⁰. Um diesen König bildete die Kamarilla der pommerischen Pietisten, denen daran lag, die absolute Macht des Königtums zu erhalten, eine undurchdringliche Mauer. Ihnen war Deutschland und der deutsche Gedanke kein Anliegen³¹.

Dem König war aber Revolution gleichbedeutend mit Abfall vom Glauben³², und so konnte aus dieser nichts Gutes erwachsen. Deutschland soll ihm nicht aus der Revolution geboren werden. Deswegen lehnt er letzten Endes die ihm angebotene Kaiserkrone ab, und damit war der Nationalstaatsgedanke zunächst betäubt und das deutsche Bildungsbürgertum entmachtet, aus dessen Köpfen der Einheits- und Kaisergedanke entsprungen war. Auf die Revolution folgt die Reaktion. Hand in Hand mit der politischen Reaktion geht in Preußen die kirchliche Reaktion. Sie erstickt nicht nur im Bildungsbürgertum, sondern vor allem in der aufkommenden und emporsteigenden Arbeiterschaft den Glauben. Gleichzeitig geht in dieser Zeit der Reaktion eine gesellschaftliche Umschichtung vor sich. Durch die sich immer schneller vollziehende kapitalistische Entwicklung wird das Bildungsbürgertum in Preußen immer mehr durch das industrielle Besitzbürgertum an die Wand gedrängt. Es sind die aufkommenden Industriellen des Rheinlandes, meist Protestanten, dann auch später die Berlins, die im Bürgertum Gewicht bekommen. Führer der Liberalen werden jetzt neben Virchow die Hansemann, Mevissen, Beckerrath und Camphausen³³. Das Vordringen des bürgerlichen industriellen Besitzes in die vordere politische Front führte zu einer allmählichen

³⁰ H. v. Petersdorff, Friedrich Wilhelm IV., 1900, S. 1.

³¹ H. v. Petersdorff, a.a.O., S. 20.

³² H. v. Petersdorff, a.a.O., S. 30.

³³ Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Band II, S. 117, 201.

Umwertung aller Werte. Höhe und Größe einer Leistung wurden immer mehr danach bemessen, welchen geldlichen und materiellen Erfolg ein Mensch aufzuweisen hatte. Die Mehrzahl dieser Fabrikanten waren in erster Linie Geschäftsleute und dann erst Politiker³⁴.

Aber neben Adel und Bürgertum tritt durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung nunmehr noch eine dritte Gruppe. Die Arbeiter beginnen sich zu sammeln und zu regen, und der geistige Sammelpunkt wird für sie das kommunistische Manifest von Karl Marx. Damit aber tritt der Gedanke der internationalen Klassenverbundenheit gegenüber der nationalen Abgeschlossenheit der Völker auf, und im Überschwang des neuen Gedankens und unter dem Druck der Reaktion ist man nur zu bereit, die nationale Gebundenheit zu vergessen. Damit wird mitten durch das Volk eine Trennungslinie gezogen. Auf der einen Seite stehen die, die national wohl gebunden, aber ohne nationale Aufgabe sind; auf der anderen Seite die, die keine nationale Aufgabe und keine nationale Idee sehen, aber meinen, daß ihre Klasse berufen sei, die Menschheit und nicht nur das eigene Volk allein vom Joch der Herrschaft des Geldes und des Eigennutzes zu befreien. Und an diese Aufgabe, ihre Notwendigkeit und ihre Erfüllbarkeit wird geglaubt. Die Frage ist nun, was haben Adel und Bürgertum diesem Glauben entgegensetzen? Und dieser Glaube zusammen mit der Idee der Internationale zerreißt ein Volk, bevor es noch seine nationale Konsolidierung vollendet hat.

Soweit Adel und Bürgertum den beginnenden Klassenkampf erfassen, sehen sie nur die materielle Seite, den Kampf um den Anteil am Sozialprodukt, aber nicht den Kampf um die gesellschaftliche Gleichberechtigung und um die gesellschaftliche Freiheit, in den die Arbeiterklasse nun eintritt.

Der Adel hält im Osten noch das wichtigste Produktionsmittel in einem überwiegenden Agrarstaat, den landwirtschaftlich nutzbaren Grund und Boden. Mit diesem zugleich verfügt er in Oberschlesien über eine auf seinem eigenen Grund und Boden aufblühende schwere Industrie, die er ohne Hilfe der Banken aus den akkumulierten Grundrenten finanziert. Der oberschlesische Adel ist gleichzeitig Großlandwirt und Großindustrieller, und er stellt eine Brücke zwischen dem ostelbischen Großgrundbesitz und dem rheinischen Industriellen dar. Dadurch wird die Macht des ostdeutschen Adels gestärkt, und, je mehr Berlin auch wirtschaftlich an Bedeutung gewinnt, desto mehr wird auch der schlesische Adel nach Berlin hin orientiert. Der Kampf um die politische Macht zwingt den Adel aus seiner provinziellen Isolierung herauszugehen. Er wird zudem an den Staat herangezogen, als durch

³⁴ Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. 1948, S. 158.

Gesetz 1853 das preußische Herrenhaus als Ersatz für eine erste Kammer gleichberechtigt neben das Haus der Abgeordneten tritt. Das Herrenhaus wird zur Bastion, von der aus in Berlin der Adel seine Stellung verteidigt, und diese Verteidigung insofern von Erfolg gekrönt, als das Herrenhaus das „bürgerliche“ Abgeordnetenhaus in weitem Umfange paralyisiert. Durch das Herrenhaus wird auch, wenn nur widerstrebend, der katholische Adel Rheinlands und Westfalens in den Staat hineinverflochten, und so stellen Protestanten und Katholiken eine geschlossene Abwehrfront gegenüber dem Liberalismus und dem deutschen Nationalstaatsgedanken dar. Hier in Berlin muß jetzt das Kampffeld werden für eine nationale Idee, wenigstens für eine preußische nationale Idee, wie sie die Revolution hervorgebracht hatte, und wie sie vom Liberalismus vertreten wurde. Das Abgeordnetenhaus spielte bei den großen politischen Entscheidungen der Jahre 1854/55 und 1859 nur eine nebensächliche Rolle. Der Briefwechsel Bismarcks mit Leopold von Gerlach, dem Haupt der Kamarilla, zeigt klarer als alles andere, an welcher Stelle damals wirklich Politik gemacht wurde. Wenn auch jetzt der preußische Staat aus einem zentralen Verwaltungsorganismus, der er bisher nur gewesen war, zu einem wirklichen Staat wird, so sehen die, die diesen Staat beherrschen und regieren, für ihn keine andere Aufgabe als die: Hort der Reaktion zu sein.

In Süddeutschland lebte der deutsche Partikularismus verstärkt auf. Die süddeutschen Regierungen waren erschreckt von dem Tun und Treiben der Frankfurter Versammlung, die sich so einfach über die süddeutschen Staaten hinwegsetzte. Von der politischen und von der gesellschaftlichen Seite wird damit in der Zeit der Reaktion die nationale Idee in ihren Keimen erstickt.

Die politischen Kräfte mußten in der Reaktion erschlaffen. Dieses Müde- und Enttäuschtsein spiegelte sich auch in der geistigen Lage der 50er Jahre wieder. Dem entsprach die pessimistische und atheistische Philosophie Schopenhauers, die jetzt in breiten Kreisen Beachtung und Anhänger fand. Die Entwicklungstheorie von Darwin wirft ein neues Licht auf die Entstehung der Arten. Sie ist ein Angriff gegen die religiösen Vorstellungen von der Erschaffung der Welt, und sie erschüttert den schon wankenden Glauben noch mehr, zumal ihr eine wissenschaftliche, scheinbar logisch geschlossene Beweisführung gegenübertrat, die sich auf eine sorgfältige Beobachtung der Natur stützte.

Die politischen Kräfte organisieren sich jetzt in politischen Parteien. Das verlangten die Wahlen zur Volksvertretung. In Preußen war die konservative Partei die Partei der herrschenden Schicht, aber sie war keineswegs etwa die zahlenmäßig stärkste politische Partei. Die Ideologie der Konservativen stammte von Friedrich Julius Stahl, wobei

er diese Partei auf den Rechtsboden der konstitutionellen Monarchie führte. Dieser Rechtsboden wird religiös verankert, um damit der Ideologie ein besonders festes Fundament in den Augen ihrer Anhänger zu geben. Der Staat ist zur Realisierung der sittlichen Rechtsordnung von Gott bestimmt. Dadurch wird der Staat zu einem sittlichen Reich. Er ist Obrigkeit und Macht, die auf göttlichem Willen beruhen, und deswegen hat das Volk kein Recht zur Revolution. Die beste Form des Staates, so meint Stahl, ist die der konstitutionellen Monarchie. Diese Auffassung knüpfte an die dem Adel vertrauten Gedankengänge Hallers an, und die Ablehnung der Revolution entsprach durchaus den Interessen des Adels. Staat und Kirche waren fest miteinander verbunden, denn aus der Verkündung der Kirche empfing der Staat nach Stahl seine sittlichen Impulse und das Volk die Grundlagen für seine bürgerliche Gesinnung, die im Gehorsam gegen den Staat gipfelte. Damit war das politische Bündnis von Thron und Altar ideologisch gegründet. Der historisch gewordene deutsche Einzelstaat war bei Stahl nur ein Mittel im Dienste des weltgeschichtlichen Berufs der deutschen Nation. Der Staat ist also nicht Selbstzweck, sondern er steht als Mittel im Rahmen der nationalen Entwicklung. Für den preußischen Staat aber wird eine klare deutsche Aufgabe weder gestellt noch formuliert, sondern Preußen ist für Stahl und die Konservativen in erster Linie das Bollwerk gegen die Revolution. In dieser Zwecksetzung und in dieser konservativen Ideologie war demnach kein Platz für eine wirklich gestaltende deutsche Aufgabe Preußens, und deshalb auch kein Raum weder für eine preußische noch für eine deutsche nationale Ideologie.

Das Bürgertum war in zwei Parteien gespalten; es gab eine liberale Partei und eine Fortschrittspartei. Die liberale Partei war für die konstitutionelle, die Fortschrittspartei dagegen erstrebte die parlamentarische Monarchie. Beide aber hatten sich dem Gedanken an die deutsche Einheit verpflichtet, und beide wollten, daß Preußen dieser zu schaffenden Einheit dienen sollte. Sie sehen im Gegensatz zu den Konservativen in Preußen keinen Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Daraus entstand der Machtkampf zwischen Adel und Bürgertum in Preußen zu Anfang der 60er Jahre. Dieser Machtkampf wurde aber schließlich aus der doktrinären Verblendung, wie sie nun einmal dem deutschen Bildungsbürgertum auf politischem Gebiet eigen war, zum Selbstzweck. Dabei verlor man den Gedanken an die deutsche Einheit aus dem Auge, so daß auch der Samen, aus dem eine nationale Idee entstehen konnte, verwehte. Was sich in Frankfurt 1848 bis 1849 abgespielt hatte, wiederholte sich in Berlin in den Jahren 1858 bis 1866. In dieser Zeit hat der deutsche Liberalismus seine beste Kraft statt für die nationale Idee für doktrinäre Illusionen geopfert.

Als dritte große Gruppe entsteht neben der liberalen und der konservativen die katholische Fraktion mit dem Grafen Stolberg-Wertheim, den Gebrüdern Reichensperger und dem Industriellen Mallinkrot. Hier vereinigen sich auf dem Boden der Konfession Adel, Besitz-, Bildungs- sowie Kleinbürgertum. Man tritt für den christlichen Staat ein, dessen Grundlage das Naturrecht des Thomas von Aquino ist. Der Staat steht unabhängig neben der Kirche, seine Aufgabe ist es, die Kirche zu schützen, und die katholische Fraktion vertritt die Interessen des katholischen Volksteils und seiner Kirche gegenüber dem evangelischen Königtum und dem preußischen Beamtentum. Sie ist im ganzen mit dem Geist der Opposition geladen.

Weil die politischen Parteien doktrinär sind, erweisen sie sich als ohnmächtig und als unfähig, in den Jahren nach der Reaktion eine realisierbare nationale Idee zu formen und durchzusetzen. Im Jahre 1859 kam jedoch ein Ereignis, das auch das politische Leben mit neuem Schwung versah. Österreich war von Napoleon in Italien besiegt worden, und die Deutschen fühlten sich in ihrer politischen Zersplitterung von der wachsenden Macht Napoleons bedroht. Man erkannte, jetzt war der nationale Zusammenschluß das Gebot der Stunde, und daraus entstand der Deutsche Nationalverein als ein Geschöpf des liberalen deutschen Bildungsbürgertums. Rudolf von Benningsen und Miquel, zwei Hannoveraner, waren neben Schultze-Delitzsch, einem fortschrittlichen preußischen Abgeordneten, seine Führer, so daß der Verein einen gemeinsamen Boden für die verschiedenen liberalen Richtungen bot. Man hatte nunmehr ein gemeinsames großes politisches Ziel, denn das war die Schaffung des einheitlichen deutschen Nationalstaates, aber die nationale Idee entsprang dem Nationalverein noch nicht. Deswegen trat auch sofort wieder die Zersplitterung der politischen Kräfte in Erscheinung. Der Nationalverein war vorwiegend norddeutsch und wollte Preußen als führende Macht im Einigungswerk sehen. In Süddeutschland wurde jedoch die preußische Führung abgelehnt, und man gründete dort den deutschen Reformverein als Gegenorganisation gegen den Nationalverein. Der Reformverein setzte sich für eine Führung Österreichs in Deutschland ein. So herrscht bei den Parteien zerspalterender Doktrinarismus, bei den überparteilichen Verbänden die paralyisierende Wirkung des Partikularismus.

Die Arbeiter schlossen sich in Lassalles allgemeinem deutschen Arbeiterverein zusammen. Allerdings hatte Lassalle im Gegensatz zu Marx die Vereinigung der Proletarier aller Länder nicht zum Programmpunkt erhoben. Er wollte reformieren und nicht revolutionieren, er wollte einen nationalen Staatssozialismus, und er wollte die deutsche Einheit als „Großdeutschland moins les dynasties“. Der Staat sollte den Arbeiter von der Herrschaft des ehernen Lohngesetzes befreien,

indem er dem Arbeiter half, Produktivgenossenschaften zu gründen, damit er auf diesem Wege Eigentümer der Produktionsmittel werden könnte. Ob Lassalle zum Anreger der nationalen Idee unter den Arbeitern geworden wäre, ist schwer zu sagen. Sein vorzeitiger Tod trug viel dazu bei, daß die Arbeiter ihr Heil in der Internationale suchten. Die Ende der 60er Jahre entstehenden Gewerkschaften kamen daher sehr schnell unter den Einfluß marxistischer Führer und Doktrinen, denen an innerer Geschlossenheit weder der Adel noch das Bürgertum eine gleichstarke Ideologie entgegenzusetzen hatten.

Damit taucht wieder die Frage auf, inwieweit die Theologie und die Verkündigung der Kirche hier ein Gegengewicht bilden konnten. Kirche und Religion wurden ebenso wie die Theologie nach 1848 ganz in den Dienst der Reaktion gestellt. Hengstenberg mit seiner Orthodoxie siegte über seine liberalen Gegner. Dem kirchlichen Liberalismus wurde die äußere Wirksamkeit genommen. Ganz in den Gedanken Hengstenbergs sah man auf orthodoxer Seite in der Revolution einen Abfall vom Glauben. In den von der Regierung erlassenen Regulativen für den Volksschulunterricht wurde, um die Schuljugend zu guten und friedlichen Staatsbürgern zu erziehen, der Religionsunterricht in den Mittelpunkt gerückt. Der Lehrplan enthielt eine Fülle von Memorierstoff, weil man meinte, man könne dadurch Glauben wecken und festigen, daß man die Kinder eine große Menge an Sprüchen und Kirchenliedern auswendig lernen ließ. Die Lehrer in den Volksschulen wurden außerdem der geistlichen Schulaufsicht untergeordnet. Dem 1850 errichteten evangelischen Oberkirchenrat wurde durch königliche Kabinettsordre im Jahre 1855 das Recht eingeräumt, sich vor der Berufung von Theologieprofessoren auf die Lehrstühle der Universitäten über die Lehre und das Bekenntnis der Professoren zu äußern.

Da man diese Maßnahmen als dem christlichen Staat und seinem Wesen entsprechend vor der Öffentlichkeit begründete, wirkten sie auf das Bildungsbürgertum außerordentlich ungünstig, und der Atheismus Schopenhauers zusammen mit der Entwicklungslehre Darwins untergruben um so nachhaltiger den Glauben an die Bibel und ihren Inhalt. Ein ästhetischer Pessimismus wurde die Glaubenshaltung weiter Kreise des gebildeten Bürgertums, während die städtischen Arbeiter mehr und mehr vom historischen Materialismus und dem Atheismus erfaßt wurden, denn die enge Verquickung zwischen Kirche, Theologie und politischer Reaktion schien Marx rechtzugeben, wenn er die Religion als Opium für das Volk bezeichnete. Aber die Masse der Arbeiter und auch der Bürger hielten trotzdem aus Konvention äußerlich an der Kirche noch fest, und die Kirche hätte hier Gelegenheit gehabt, durch ihre Verkündigung auf die Massen einzuwirken, wenn man sich von der politischen Reaktion hätte fernhalten können.

Aber daran hinderte das Sumepiskopat des Landesherrn die evangelische Kirche.

Die Verkündigung der protestantischen Kirche konnte sich in ihrer Predigt auch nicht frei von dem die Zeit erfüllenden Pessimismus machen. Man polemisiert gegen den Unglauben, die Predigt wird in starkem Maße zur Apologetik und setzt dem Unglauben die starre Regel des Dogmas entgegen. Die Kanzelredner sind dieser Dogmatik und ihren lebensfremden Begriffen verhaftet, weil es das Kirchenregiment befiehlt. Die Predigt wird dadurch lehrhaft und trocken, sie wird weltfremd, sie verliert das Unmittelbare, das die Gemeinde Ansprechende, und sie unternimmt es, den Hörer dadurch zu fangen, daß sie durch sentimentale Erzählungen eine weiche Stimmung in ihm zu erzeugen und durch rednerische Effekte über die Inhaltslosigkeit des Gebotenen hinwegzutäuschen sucht. Da der Orthodoxie das Verständnis und auch die Erkenntnis für die tiefe innere Erschütterung fehlt, die Männer wie Schopenhauer, Feuerbach, Darwin und Marx in den Seelen der Gebildeten und der Arbeiter ausgelöst haben, war die Verkündigung der evangelischen Kirche kein Gegengewicht gegen Philosophie und Naturwissenschaften sowie gegen den sich mehr und mehr ausbreitenden Materialismus. „Die Kirche hält die moderne Bildung für unchristlich. Gewisse Anschauungen und Vorstellungen, und zwar gerade diejenigen, die in dem System unseres alten kirchlichen Christentums das ganze Lehrgebäude tragen, sind für das fortgeschrittene moderne Bewußtsein unwiederbringlich untergegangen . . . Eine Kirche, die eine Volkskirche sein will, muß in unseren Tagen vor allem auf eine dogmatisierende Form christlicher Frömmigkeit verzichten, denn in ihr ist die religiöse Einigung eines ganzen Volkes nicht mehr möglich³⁵.“ So kennzeichnet der Heidelberger Theologe Richard Rothe die glaubensmäßige Lage der 60er Jahre. Und diese Lage war brennend in einer Zeit, da das deutsche Volk nach der Enttäuschung von 1848 in Pessimismus zu verfallen drohte, und sie war ebenso brennend, als dieser Pessimismus Anfang der 60er Jahre wieder einer größeren Lebensbejahung zu weichen begann.

In dieser Zeit macht Albrecht Ritschl den Versuch, das zu geben, was „in der Predigt und im Verkehr der Christen untereinander verwertet werden kann“³⁶. Im geht es nicht um das Dogma als solches, sondern um die Existenz des Menschen vor Gott und in der Welt. Für ihn ist Gott allein durch Jesus Christus zu erkennen, und Christus hat Gottes Gnade und Treue den Menschen offenbart. Der Glaube als Versöhnungs- und Rechtfertigungsglaube ist keine positive Leistung

³⁵ Richard R o t h e , Ges. Schriften, Vorträge und Abhandlungen. 1866, S. 15 und 20.

³⁶ Horst S t e p h a n , Geschichte der evangelischen Theologie, 1938, S. 202.

des Menschen, sondern die Gestaltung seines sittlichen Handelns. Ritschl macht das Christentum zu einer Religion des sittlich ringenden berufstätigen Menschen und befreit den Glauben von den dogmatischen Bindungen, indem er immer wieder auf den Glauben an Jesus Christus als einer historisch handelnden Person hinweist. Das sittliche Handeln im Beruf aus dem Geiste Christi ist der Beitrag, den der einzelne Mensch zum Reich Gottes leisten kann. Ritschls Theologie in ihrer realistischen Selbstbesinnung war die Theologie, die dem Zeitalter des sich entwickelnden Kapitalismus mit seiner rationalen Technik und seinem positivistischen Denken entspricht. Der Positivismus entzauberte die Welt, und in dieser entzauberten Welt wollte Ritschl dem ringenden und arbeitenden Menschen eine sittliche Selbständigkeit geben. Weil Ritschl undogmatisch war, wurde er auf das heftigste verfolgt. Mit diesem Kampf aber, den die Orthodoxie gegen Ritschl führte, entstand eine Diskrepanz zwischen dem, was auf dem Katheder den jungen Theologen gelehrt wurde, und dem, was diese jungen Theologen nachher von der Kanzel verkündigten. Zu dem, was die Theologie lehrt, haben die Menschen Zutritt, zu dem, was auf der Kanzel verkündigt wird, aber finden sie keinen rechten Zugang mehr. Dadurch entsteht in den Hörern ein Mißtrauen gegen den Inhalt der Predigt und auch gegen den, der sie hält.

Im Bürgertum und erst recht in den arbeitenden Klassen verlor sich der tiefe und heiße Tatglauben, der einst die Engländer zur Zeit Cromwells erfaßt hatte, der die Polen noch immer beseelte, und an dem sich immer wieder von Neuem die nationale polnische Idee entflammte. So fehlte dem deutschen Volk das feste geistige Steuer, das eben nur die nationale Idee zu geben vermag in der Zeit, da sich seine Einigung vorbereitete. Deswegen mußte die Tendenz zur Zersplitterung der politischen Kräfte sich gerade in der Zeit der Reaktion und später nach ihrer Überwindung besonders stark auswirken. Dadurch entsteht vor der Berufung Bismarcks der tiefe Konflikt zwischen Krone und Landtag in Preußen, der zu einer Entfremdung zwischen Krone und Landtag und weiter zu einer Entfremdung zwischen Krone und Bürgertum sowie zu einer Vertiefung der Kluft zwischen Adel und Bürgertum führt. Die Auseinandersetzung um politische Prinzipien, aus denen die innere Geschichte Preußens in der ersten Hälfte der 60er Jahre besteht, läßt das große Ziel der Einigung Deutschlands, um das es doch eigentlich ging, vollkommen in den Hintergrund treten, so daß man es beinahe vergißt. Man denkt auch nicht einmal mehr an die Aufgabe des preußischen Staates in dieser Zeit, von der der Nationalverein sprach.

Das wird anders als Bismarck 1862 zu staatsmännischem Handeln berufen wird. Dabei ändert sich die Form des Kampfes allerdings

zunächst nicht, wohl aber das große Ziel. Nicht das Prinzip ist jetzt der Zweck, sondern es wird Mittel zum Zweck, Mittel, um die Aufgabe Preußens zu erfüllen.

Bismarck „ist über sein Amt als preußischer Ministerpräsident hinaus im Hegelschen Sinne Geschäftsführer des Weltgeistes gewesen, er hat um diese historische Bedeutung seines Handelns gewußt, auch wenn sie nicht als Teleologie dieses Handeln beherrscht hat“³⁷. Er sagt selbst darüber: „Ich selbst, ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikaden von 1848 beeinflußt wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir jene nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat . . . Ohne eine starke preußische Armee ließ sich der deutschnationale Gedanke nicht verwirklichen. Mit einer hinreichend starken Armee mußte der König von Preußen in die Lage versetzt werden, Vollstrecker der nationalen Wünsche zu werden“³⁸.

Deshalb will er Preußens Kraft zusammenfassen „auf den günstigsten Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist“³⁹.“ In diesem Auftrag sah er sich und seinen Staat vor Gott verantwortlich; er fühlte sich von Gott in Amt und Aufgabe gerufen. Der Staat und die Monarchie war für ihn mit ihrem geschichtlichen Lauf in den göttlichen Weltplan eingefügt⁴⁰. Bismarck war aus tiefstem Herzen gläubig, auch wenn er nicht nach Art der Orthodoxie seinen Glauben in die Fesseln des Dogmas schlug. Halten wir das alles zusammen, so hatte sich in Bismarck so etwas wie eine preußische Idee gebildet, das Bewußtsein von einer Aufgabe, die dem preußischen Staat übertragen ist, und die den Staat über sich selbst hinausführte. Es war eine preußische nationale Idee. Sie verkörpert sich in Bismarck selbst und durch ihn erfaßte sie auch im Lauf der Entwicklung die Menschen in Preußen, und sie machte die Preußen sich ihrer selbst bewußt und richtete ihren Willen auf die Lösung der Aufgabe ein, die die Entelechie nach Bismarcks Glauben ihnen übertragen hatte. Allerdings brauchte es Zeit, bis die breite Masse in Preußen diese Idee aufnahm.

Den Konservativen war die deutsche Frage mehr oder weniger gleichgültig. Sie sahen, als Bismarck das deutsche Problem aufgriff, nur, wie er sich ihrer Auffassung nach den Liberalen und Fortschrittlern in einer sehr bedenklichen Weise näherte. Wohl kämpften sie mit ihm für die Heeresvermehrung und für die Macht der Krone, aber

³⁷ Rudolf Stadelmann, Das Jahr 1865, Beiheft 29 der Hist. Zeitschr. 33.

³⁸ Rede vor dem Reichstag am 14. Juni 1882.

³⁹ Rede vor der Budget-Kommission des preußischen Abgeordnetenhaus am 30. September 1862.

⁴⁰ S. die zahlreichen Angaben dazu bei Rothfels, Bismarck und der Staat, Stuttgart 1953, und bei Leonhard von Mural, Bismarcks Verantwortlichkeit, Göttingen 1955.

das aus Gründen ihres Klasseninteresses. Die Fortschrittler standen in der Frage der Heeresvermehrung doktrinär gegen Bismarck, weil sie nur in der Doktrin, aber nicht in der preußischen Nationalidee lebten, für die sie eigentlich mit Bismarck hätten leben und kämpfen müssen. Deswegen sagt er dem Fortschritt am 27. Januar 1863 im preußischen Abgeordnetenhaus: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.“ Weil er auf dem festen Boden einer nationalen Idee stand, deswegen konnte er gegenüber der doktrinären Politik der Fortschrittler eine Politik der Realität führen, die an keine Rezepte oder Theorien gebunden war. Aber die doktrinäre Halsstarrigkeit des Fortschritts und der durch ihr Klasseninteresse eingeeengte Gesichtsräum der Konservativen erschwerte es Bismarck, seine erste Aufgabe zu lösen, „das deutsche Nationalgefühl zur Entwicklung zu bringen“⁴¹.

Auch den König hatte Bismarck verstanden für die nationale preußische Idee zu gewinnen. Schon 1858 schreibt er dem damaligen Prinzen von Preußen: „Es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen . . . Die Gesamtkraft Preußens darf nicht durch innere Reibungen gestört werden. Die königliche Gewalt steht so fest, daß Preußen sehr wohl nachhaltig auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse einwirken kann.“ Als Prinz Wilhelm die Regentschaft übernimmt, ist er selbst ganz davon erfüllt, daß Preußen als Ergebnis seiner Geschichte dazu bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen. Um deutsche Politik machen zu können, braucht Preußen Macht, die nur in einem starken und schlagfertigen Heer beruhen kann.

Doch als es so weit ist, als es um die Frage ging, wer nun wirklich in Deutschland führen soll, Preußen oder Österreich, da steht Anfang 1866 Bismarck ganz allein. König, Kronprinz, Konservative, Liberale und der Fortschritt stehen gegen ihn. Doch das Volk folgt bereitwillig dem Ruf zu den Fahnen, es ist die von Bismarck ausgehende Kraft, der in ihm lebendigen preußischen nationalen Idee, die alle Kräfte, den König, den Kronprinzen und die Parteien, auf das jetzt zu erreichende politische Ziel, die Ausschaltung Österreichs durch militärischen Sieg, vereinigt. Als dieses Ziel erreicht ist, gibt ihm die nationale Idee wieder die Kraft, sich in Nikolsburg denen entgegenzustellen, die im Genuß des Siegesgefühls das Ziel zu überschreiten geneigt sind. Die nationale Idee wird zur Bremse gegen die Überheblich-

⁴¹ Rede in Friedrichsruh am 14. April 1891.

keit, die der große Erfolg nur zu leicht hervorruft, wenn im Überschwang des Erfolges die eigentliche Aufgabe aus dem Auge verloren wird.

Nach 1866 hat Bismarck den König und das Volk mit der preußischen nationalen Idee erfüllt. Von ihrem Boden aus kann er gegen die Kurzsichtigkeit der Konservativen, die wieder nur ihr enges Klasseninteresse sehen, den Liberalen und dem Fortschritt die Hand in der Indemnitätsvorlage zur Versöhnung reichen und damit die Konzentration der politischen Kräfte herbeiführen, um auf das nächste Ziel loszugehen.

In Süddeutschland kann der Nationalverein nach 1866 tatkräftig wirken und den preußenfeindlichen großdeutschen Reformverein aus dem Felde schlagen. Mit Ausnahme Badens waren die süddeutschen Regierungen nur insoweit bereit, Bismarck und Preußen nach der Niederlage Österreichs zu folgen, als sie in Preußen und seinem siegreichen Heer den einzigen Schutz gegen die Aspirationen Napoleons III. hatten. Im übrigen zwang sie die schnelle Weiterentwicklung des Kapitalismus, am Zollverein unter preußischer Führung festzuhalten. Zu einer nationalen Idee kam man in Süddeutschland nicht. Napoleon im Verein mit dem Chauvinismus der Franzosen wird für Bismarck ein unfreiwilliger Helfer, um den Zusammenschluß Nord- und Süddeutschlands herbeizuführen. Damit wird die preußische nationale Idee verwirklicht, als am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles das Deutsche Reich errichtet wurde.

III. Das Reich ohne Auftrag. 1871 bis 1890

Die Proklamation, die die Errichtung des Reiches am 18. Januar 1871 verkündete, war ihrem Inhalt nach recht nüchtern. Sie stellte wohl Ziele hin, die das Reich verwirklichen sollte. Der Kaiser wollte „allzeit Mehrer des Reiches sein, nicht an siegreichen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens“. Damit gab Bismarck seinem Reich keine Aufgabe, wie er sie einst dem preußischen Staat gestellt hatte, und so legte er ihm auch keine nationale Idee in die Wiege. Zum Reich hatte Bismarck das deutsche Volk über eine preußische nationale Idee geführt, aber die war nun erfüllt, und das war in einer erstaunlich kurzen Zeit vor sich gegangen.

Dieser ungeahnte schnelle Erfolg verlieh Bismarck in den Augen des Volkes ein Charisma. Bismarck als charismatische Persönlichkeit wurde zur lebenden Verkörperung der nationalen Idee. Das blieb er, solange er lebte.

Bismarck selbst hat sich sicher nicht als charismatische Persönlichkeit gefühlt, so sehr er auch davon überzeugt war, daß Gott ihn

in sein Amt berufen, daß er ihn mit Erfolgen gesegnet habe, und daß er für sein Tun Gott gegenüber verantwortlich sei. Wenn er trotzdem dem deutschen Volk keine nationale Idee gab, so lag das wohl daran, daß er doch noch zu sehr im Preußentum verwurzelt war, und daß das neue Reich keine kontinuierliche Fortsetzung des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war, sondern ein vollkommen neues Gebilde, das nicht wie das alte Deutsche Reich des Mittelalters das Schwert im Auftrag Gottes und des Stellvertreters Christi auf Erden zur Ehre Gottes und zum Schutz der Kirche führte.

Das neue Reich mußte zunächst einmal im europäischen Raum Platz nehmen, und das war auch der Sinn der Bismarckschen Politik nach 1871 sowohl nach außen als auch nach innen. Nach außen galt ihm der Satz: „Wir sind saturiert.“ Der Frieden in Europa mußte erhalten werden; deswegen: keine Einmischung in abseits liegende Interessen, Isolierung Frankreichs als des Unruhestifters in Europa, vor allem aber verhindern, daß sich aus alten Feindschaften gegen Preußen und die Deutschen überhaupt eine Koalition der Mächte gegen das Reich bilden konnte. Das neue Reich sollte daher nicht nach einer beherrschenden Stellung in Europa streben, denn dazu reichte die Macht und innere Geschlossenheit nicht aus, sondern es soll dahin wirken, daß der Gegensatz der großen Mächte nicht zum Krieg der europäischen Großmächte gegeneinander führte.

Als in den 80er Jahren auch in Deutschland imperialistische Tendenzen wach wurden, wie sie sich in England bemerkbar machten, und nach einem Kolonialbesitz strebten, blieb Bismarck zunächst kühl und zurückhaltend. Ihm lag es daran zu vermeiden, daß sich das Verhältnis Deutschlands vor allem zu England verschlechterte, und daß das Reich mit Machtansprüchen in die Welt hinaustrat, die seine innere Konsolidierung aufhalten könnten. Das waren die tragenden Gedanken seiner Außenpolitik, die sich im Lauf der Jahre doch zu einem von einem Gedanken getragenen System zusammenschlossen, das er allerdings nie formuliert hat. Er wollte keine politischen Dogmen. Aber der Sinn dessen, was er tat, war mehr als ein politisches Dogma, zu dem die Epigonen nachher seine Äußerungen zur Außenpolitik gemacht haben. Vor dem Geist Bismarcks stand das System als eine nationale Aufgabe des Reiches, von deren Erfüllung seine Existenz abhing. Diese Aufgabe war: den Frieden in Europa zu wahren, weil sonst ein Krieg aller gegen alle einsetzen mußte, der nicht nur das Reich, sondern Europa überhaupt in den Abgrund reißen mußte. Er hat sich gescheut, diese Idee faßbar zu formulieren, sie etwa in einem politischen Testament nach seinem Abgang seinem Volke mahnend vor Augen zu halten. So sah man immer nur einzelne Sätze aus dem Ganzen, die, aus dem Zusammenhang herausgerissen, gerade so, wie

es paßte, zu politischen Dogmen erhoben wurden. Gerade das trat ein, was Bismarck vermeiden wissen wollte. So kam es auch, daß die, die nach ihm kamen, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik zerbrachen.

Die Generation, die nach Bismarck ans Ruder des Reiches gestellt wurde, war nicht saturiert, und sie meinte, daß, wenn man weiter diesen Grundsatz befolgen würde, das einem Verzicht auf den Platz an der Sonne gleichkäme, den das deutsche Volk für sich beanspruchen könne.

Im Inneren war es Bismarcks Ziel, die auseinanderstrebenden politischen Kräfte zu bändigen. Die gesellschaftliche Struktur im neuen Reich unterschied sich nur wenig von der aus der Zeit vor 1870. Die führende Schicht war die Hofgesellschaft in den verschiedenen Bundesstaaten, wobei Preußen durch die ganze Konstruktion des Reiches einen entscheidenden Einfluß hatte. Die führende Schicht in Preußen war aber der Landadel, das Offizierkorps und die Beamtenschaft. Allerdings war der Adel durch zahlreiche Nobilitierungen, teils aus der bürgerlichen Demokratie, teils aus dem Bildungs- und Besitzbürgertum vermehrt worden. Aber dieser neue Adel assimilierte sich bald dem alten grundbesitzenden Adel und verschwägte sich mit ihm. Vor allem nahm er auch die ganze Lebensauffassung des alten Adels an. Ihr Kennzeichen ist der eigenartige, allein in Preußen vorhandene Ehrbegriff, den das Offizierkorps und die Beamtenschaft pflegte, und der über das Offizierkorps sich auch in den anderen Bundesstaaten mehr oder weniger ausgesprochen ausbreitete. Das ist die Auffassung vom satisfaktionsfähigen und nichtsatisfaktionsfähigen Menschen. Diese Auffassung schloß den Adel von den anderen Schichten und Klassen ab und umschloß „die besten und edelsten Kräfte wie einen Harnisch“ (Fürst zu Eulenburg)⁴². Dadurch hielt der ostelbische Adel im wesentlichen seine Homogenität aufrecht, auch, als durch die zunehmende Entwicklung zum Industriestaat die Lage der Landwirtschaft sich verschlechterte und Verschwägerungen mit dem wohlhabenden Besitzbürgertum aus Banken und Industrie dazu dienten, den ökonomischen Zusammenbruch der großen Güter zumindest hinauszuschieben. In den westlichen Provinzen hatte der katholische Adel wohl an den preußischen Staat herangefunden. Seine Söhne wurden jetzt ebenfalls Offiziere und Beamte, ohne damit die Opposition zum evangelischen König- und Kaisertum ganz aufzugeben.

Der hohe Adel im Westen und Süden war in seinem protestantischen Teil für die Bismarcksche Politik wohl aufgeschlossen, während die katholischen Häuser in den 70er und 80er Jahren meist in lebhafter

⁴² Johannes H a l l e r, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin 1926, S. 324.

Opposition zu Bismarck standen. Sowohl in Bayern als auch in Württemberg war man in diesen Kreisen ausgesprochen partikularistisch. König Karl von Württemberg meinte, daß das Reich nur von kurzer Dauer sein könne und daß man sich deswegen auf den Anschluß an Österreich vorbereiten müsse⁴³. So war in Süddeutschland ein erheblicher Teil der herrschenden Kreise reichsfeindlich.

In den 70er und 80er Jahren begann der „ökonomische Todeskampf des alten ostelbischen Junkertums“ (Max Weber). Dieser Todeskampf war mit ein Grund, daß Bismarck im Jahre 1879 vom Freihandel zur Schutzzollpolitik übergang, um dem billigen überseeischen Getreide den Zugang zum deutschen Markt zu erschweren. Durch die Zollpolitik aber wurde den rein ökonomischen Interessen der Weg in die Politik noch mehr erleichtert, als es schon im Zuge der Zeit lag. Sie konnte nur zustandekommen, wenn sich große Landwirtschaft und schwere Industrie miteinander politisch verbanden. Damit aber trat an die Stelle der Erfüllung einer nationalen Aufgabe das Interesse an der Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände: nämlich der Herrschaft des ostelbischen Großgrundbesitzes in Heer und Verwaltung und für die schwere Industrie der Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Jetzt wurde neben dem Partikularismus der Klassenkampf das beherrschende Moment in der inneren Politik, der die gesellschaftlichen und die politischen Kräfte spaltete und das Aufkommen der nationalen Idee verhinderte.

Wenn das Reich auch Bismarcks Schöpfung war, so war es doch auch ein Werk des deutschen liberalen Bürgertums. Dieses hatte sein politisches Ziel erreicht. Aber nun wollte das Bürgertum auch in diesem Reich entscheidend mitführen, zumal die Entwicklung zum Industriestaat die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Industrie und Banken in den Vordergrund schob. Damit aber vertritt das Bürgertum die Forderung, daß die Macht der Volksvertretung erweitert und die königliche Macht beschränkt wird. Aber diesem Streben nach Macht stand eine gewisse geistige Leere des Bürgertums und eine Erschöpfung der inneren konstruktiven Kräfte gegenüber. Dafür treten die materiellen Interessen stark in den Vordergrund. Vor allem in den Kreisen der Industrie und des Handels widmete man sich dem Geschäft. Sein Werden und Blühen wurde immer mehr Lebenszweck. Man bewertet den einzelnen Menschen immer mehr nach der Größe seines Einkommens und nach der Höhe seines Vermögens. Diese materielle Einstellung machte außer in den Hansestädten die Masse des Besitzbürgertums zu Kapitalisten und verhinderte die Entstehung eines Großbürgertums, das, wie in den Hansestädten, bereit

⁴³ H a l l e r, a.a.O., S. 59.

war, Verantwortung und Leitung der politischen Geschäfte zu übernehmen, wie es eigentlich der wirtschaftlichen Entwicklung entsprach. So war es außerordentlich eigenartig, daß dieses Besitzbürgertum wohl politische Forderungen stellte, aber nicht geneigt war, sich mit Politik führend und aktiv zu befassen. Auf der anderen Seite aber lagen die maßgebenden politischen Stellen ausschließlich in den Händen von Fachbeamten. Aus den Reihen des Fachbeamtentums wurden auch die Minister genommen, so daß der Ministerposten die Krönung der Laufbahn eines tüchtigen und politisch genehmen Beamten war. Damit war dem Besitzbürgertum der Zugang zu den leitenden Staatsstellen versperrt. Die Chance, im Reichstag maßgeblichen Einfluß auf die Politik zu bekommen, war kaum gegeben, weil der Reichstag im wesentlichen nur die Aufgabe hatte, die Gesetzesvorlagen zu kritisieren und zu bewilligen, die ihm durch den Reichskanzler zuzingen. Aus diesen Gründen hatte auch das Besitzbürgertum wenig Möglichkeit, sich verantwortlich politisch zu betätigen. Seine Angehörigen wurden zu ausgezeichneten Wirtschaftssachverständigen, die aber die Politik den Geschäftsführern der industriellen Interessentenverbände überließen, während der Adel, weil er die Masse der Minister und höheren Beamten stellte, das politische Heft fest in der Hand hielt, um seine gesellschaftliche und politische Stellung zu retten, die an sich aus ökonomischen Gründen nicht mehr haltbar war.

Das Bauerntum fiel politisch ebenfalls aus, denn es war im Osten politisch indolent und stand auch jetzt noch in seinem Denken vollkommen unter der Herrschaft des Großgrundbesitzes. Die geistige Entwicklung der Landbevölkerung im Osten wurde hintan gehalten, weil der herrschenden Schicht, um ihre Herrschaft aufrechterhalten zu können, wenig daran gelegen war, die Bildung auf dem Lande zu heben. Der ostpreußische Großgrundbesitzer Graf Mirbach-Sorquitten meinte: „Wie soll man anständige Wahlen machen, wenn jeder lesen und schreiben kann?“⁴⁴

Im Westen waren die katholischen Bauern im Grund nach wie vor antipreußisch und zum großen Teil, vor allem nach dem Kulturkampf, in der Opposition gegen Bismarck. Für sie war Bismarck nicht die verkörperte nationale Idee. Ebensowenig war er es für die Bauern in Hannover und Schleswig-Holstein. In den niedersächsischen Gebieten hing man treu an dem 1866 depossidierten welfischen Königshaus. In den katholischen Gegenden Süddeutschlands, insbesondere Bayerns, war man gegen Bismarck, und vor allem wollte man nicht von Berlin aus regiert werden.

⁴⁴ Walter Görli t z , Der deutsche Generalstab. Frankfurt am Main 1950. S. 156.

So war im Adel und im Bauerntum nördlich und südlich des Main der Partikularismus ein Faktor, der nicht übersehen werden konnte. Gegen diesen Partikularismus wendet sich Bismarck im Kulturkampf. Gleichzeitig ist das polnische Element in den preußischen Ostprovinzen Ziel seines Angriffs. „Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite⁴⁵.“ Aber damit erreichte er nur das Gegenteil von dem, was ihm vorschwebte. Die katholische Bevölkerung, auch soweit sie deutsch war, fiel für die nationale Idee aus, denn die Katholiken wurden dadurch vor die für sie bedeutsame Frage gestellt, was ihnen höher stand, Kirche oder Vaterland. Der Katholik konnte bei einer solchen Entscheidung nur die Kirche wählen. Das verstand Bismarck nicht, denn als ein vom Dogma gelöster Protestant war ihm das Nationalgefühl als Bindung die stärkere Kraft als die Kirche. Wenn er nun noch die Angehörigen des Zentrums wegen ihrer aus religiösen Gründen bedingten Haltung als Reichsfeinde bezeichnete, so zeigte er, daß er die Lage doch nicht richtig erkannte. Die Wirkung war eine unheilvolle Spaltung des deutschen Volkes, kaum, daß es sich in seinem neuen Haus eingelebt hatte.

Durch den Kulturkampf aber aktivierte er die polnische nationale Idee. Die Stellung der Polen hatte sich innerlich bei der Gründung des Reiches überhaupt verändert. Sie konnten zur Not wohl loyale Untertanen des Königs von Preußen sein, aber nicht die deutschen Kaisers. Bisher war der Gegensatz von Polen und Preußischem Staat überwiegend ein rein staatlicher, politischer, aber nun wurde er sehr viel mehr ein nationaler und das um so stärker, als Bismarck gerade das tat, wogegen die polnische nationale Idee das Volk aufrief. Er griff die katholische Kirche an und rief damit alle polnischen nationalen Kräfte zum Widerstand auf. Jetzt hatte er aber nicht nur, wie es im Jahre 1848 war, den polnischen Adel zum Gegner, sondern er mußte sich auch gegen ein sich allmählich ausbreitendes Bildungsbürgertum wenden, das die preußischen höheren Schulen in den von den Polen bewohnten Teilen der Ostprovinzen herangebildet hatten.

Als mit der Errichtung der Ansiedlungskommission im Jahre 1886 der Kampf zwischen Deutschen und Polen um den Boden entbrannte, kam zu Adel, Bildungsbürgertum und Geistlichkeit auch noch der polnische Bauer hinzu, der sich unter die Führung des niederen katholischen Klerus stellte. Dieser predigte nicht nur die nationale Idee, sondern organisierte auch den Abwehrkampf. Es war also ein Kampf, der von einem Volk geführt wurde, dem die nationale Idee fehlte, gegen ein Volk, das durch die nationale Idee zum Widerstand bis zum

⁴⁵ Arnold Oskar Meyer, Bismarck, Stuttgart 1949, S. 459.

letzten angefeuert wurde. Damit war der Ausgang klar. Ebenso klar war es, daß dieser Kampf nicht mit einem behördlichen Apparat von Räten, Assessoren und Registratoren, der mit den anderen Behörden in ständigen Kompetenzkonflikten lag, gewonnen werden konnte, sondern nur mit dem Einsatz geistiger Kräfte, wenn sie stärker waren, als die des Gegners⁴⁶.

Ähnlich lagen die Dinge im Elsaß. Große Teile der Bevölkerung in Elsaß und in Lothringen hatten die Einverleibung in das Deutsche Reich abgelehnt. Wenn auch die Elsässer Deutsche waren, und wenn sie auch ihr Deutschsein nicht verleugneten, so waren sie doch im 17. Jahrhundert aus dem immer mehr auseinanderfallenden Reich herausgerissen worden und hatten Anteil bekommen an den französischen nationalen Idealen. Deswegen fühlten sie sich noch als Bestandteil der französischen Nation, zumal die Deutschen ihnen eine nationale Idee als Ersatz für die verlorene französische nicht geben konnten. In ihnen lebte noch die Erinnerung an die großen geschichtlichen Zeiten, die sie im Rahmen der französischen Nation verbracht hatten, und sie gedachten auch der Befreiung vom Feudalismus durch die Revolution von 1789. Nun beginnen die Deutschen einen Kampf gegen die katholische Kirche, der die Elsässer treu anhängen, und sie werden im Reich als ein unselbständiges Glied unter nicht immer geschickter Verwaltung als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ohne eine nationale Idee, die der französischen zum mindesten gleichwertig war, konnte das Deutsche Reich die Elsässer und Lothringer nicht gewinnen.

So kam es, daß Bismarck in den ersten Jahren des Reiches doch nur für das liberale Bürgertum die nationale Idee verkörperte. Erst nachdem er aus dem Amt entlassen wurde, ließ auch der Adel in Nord und Süd, vor allem aber die akademische Jugend, das Charisma Bismarcks auf sich wirken, während das östliche Bauerntum in seiner Masse passiv blieb und die Bauern im Westen und Süden sich weiter ablehnend verhielten. Bei der fast kastenmäßigen Scheidung zwischen Adel und Bürgertum war es aber kaum möglich, daß sich aus dem Bürgertum von seiner charismatischen Einstellung zu Bismarck her eine nationale Idee entwickeln konnte, die auch den Adel und die führenden Schichten mitergriff.

Aber das liberale Bürgertum war nicht einmal in sich geschlossen, sondern der Liberalismus war in eine Reihe von Parteien zersplittert, die sich im Laufe der Entwicklung ständig auflösten und dann in irgendeiner Form wieder zusammenschlossen. Die Grundhaltung des Liberalismus in allen seinen Schattierungen wurde zunehmend doktri-

⁴⁶ S. dazu Manfred Laubert, Die preußische Polenpolitik, 1944; Ludwig Bernhardt, Die Polenfrage, Berlin 1910, und derselbe, Der Hugenberg-Konzern, Berlin 1928, S. 4—5.

närer. Damit aber war die Möglichkeit verbaut, daß sich aus dem Liberalismus eine wirksame und machtvolle Opposition bilden konnte, die dem Adel und seinen konservativen Parteien entgegenzutreten vermochte. So ging die Aufgabe der Opposition mehr und mehr auf die Sozialdemokratie über, die aber den Staat verneinte. Wer also die Opposition zu stärken bestrebt war, mußte sich immer dem Vorwurf der Reichs- und der Staatsfeindlichkeit aussetzen. Die Sozialdemokratie hielt an ihrer internationalen Haltung fest. Aber hinter dieser Haltung der Sozialdemokratie lag versteckt eine sehr notwendige gesellschaftliche Aufgabe. Denn man stand an einer Wende der Zeit: Deutschland vollzog den Übergang vom Agrar- zum Industriestaat, ein Übergang, der nicht ohne gesellschaftliche und ökonomische Reibungen vollzogen werden konnte. Die Natur dieser Reibung, die nämlich durch die Entwicklung selbst bedingt war und nicht nur aus einer Begehrlichkeit der Massen entsprang, vermochte Bismarck zunächst nur unvollkommen zu erkennen. Bismarck war ostdeutscher Großgrundbesitzer! Er kannte wohl die Verhältnisse auf dem Lande im Osten, wo der Landarbeiter noch in einem ganz patriarchalischen Verhältnis zu seinem Gutsherrn stand und sich im allgemeinen dabei auch wohlfühlte. Er kannte aber nicht die Verhältnisse in der großen Industrie, wie sie im Westen des Reiches nach dem Krieg von 1870/71 entstanden war. Fühlen, Denken und Streben der Industriearbeiter waren ihm fremd. Er sah nur, wie sich die Massen im Westen zusammenballten, er sah, wie diese Massen versuchten, Einfluß auf Staat und Gesellschaft zu bekommen, und er sah darin nichts anderes als umstürzlerische Bestrebungen, die sein Werk gefährdeten. Aber auf der anderen Seite verkannte er die Not nicht, die die Umwälzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur mit sich brachte, er sah die Not des mittellosen Arbeiters bei Krankheit und Unfall sowie im Alter, wenn die Arbeitskraft erschöpft war, aber den Kern der sozialen Frage erkannte und verstand er ebenso wenig wie die Konservativen und die Liberalen.

Der Not will er aus dem Gedanken der christlichen Nächstenliebe heraus mit Hilfe des Staates steuern. Dadurch will er den Arbeiter mit dem Staat versöhnen, er will, indem er die Hilfe auf dem Versicherungsprinzip aufbaut, ihr den Charakter des Almosens nehmen, das dem Selbstbewußtsein des Arbeiters widersprechen mußte. Dann soll der Arbeiter an der Verwaltung teilnehmen. Dabei werden Arbeiter und Unternehmer zusammengeführt und zu einer Arbeit vereint, die dem gemeinsamen Wohl dient. Endlich wird dadurch der Arbeiter an den Staat herangezogen auf einem Gebiet, das ihm besonders nahe liegt. Diese Gedanken waren sicher der Zeit entsprechend. Wenn es aber trotzdem nicht gelang, auf diesem Wege der Sozial-

demokratie Abbruch zu tun und die Arbeiter einer nationalen Idee zugänglich zu machen, so empfand der Arbeiter die soziale Politik wie eine Politik des Zuckerbrotes und der Peitsche, solange das Sozialistengesetz in Kraft war und ihn mit Gefängnis und Ausweisung bedrohte. Das aber verletzte das Selbstbewußtsein des Arbeiters schwer. Deshalb führte der Arbeiter seinen Emanzipationskampf gegen den Staat weiter und damit auch gegen die Kirche als die geistige und geistliche Stütze des Staates, der ihm seine Gleichberechtigung versagte.

Die katholische Kirche hatte allerdings bereits in den 60er Jahren eher erkannt als Staat und evangelische Kirche, worum es letzten Endes dem Arbeiter ging. Der Mainzer Bischof E. W. Frhr. v. Ketteler stellte in seiner 1864 erschienenen Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ klar heraus, daß es nicht die Frage der Lohnhöhe allein sei, die den Arbeiter bewege, sondern daß es ihm um die volle gesellschaftliche Gleichberechtigung gehe. Das aber hieß, und darauf wies Ketteler nachdrücklich hin, daß die soziale Frage mit den Mitteln der Caritas allein nicht gelöst werden könnte.

Während die katholische Kirche durch ihre Arbeiter- und Gesellenvereinigungen eine Annäherung an die breiten Massen der Industriearbeiter suchte, entfremdete sich die protestantische Kirche immer mehr den Massen. Das lag zu einem erheblichen Teil an ihrer engen Verbindung zu Krone und Staat. Diese Schwäche erkannte der Hofprediger Adolf Stöcker. Er sah darin ein unüberwindliches Hindernis, wenn man die emporstrebende Arbeiterklasse der evangelischen Kirche wieder eingliedern wollte. Die Kirche erweckte den Eindruck, als ob sie nur eine Kirche bestimmter Gesellschaftsschichten wäre, und deshalb wehrten sich die Arbeiter gegen die Versuche, sie mit der Kirche wieder auszusöhnen. Die Kirche folgte nicht den Ratschlägen Stöckers. Dennoch ist er gewillt, die christliche Botschaft unter die Arbeiter zu bringen, indem er zu ihnen hingeht, für eine größere ökonomische Sicherheit des Arbeiters und für Arbeiterschutz eintritt. Durch Intervention des Staates und durch die landesväterliche Fürsorge des Monarchen soll dem Arbeiter geholfen werden. Aber ihm widerstrebt eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiter im Rahmen der Monarchie. Damit hatte Stöcker das Entscheidende ebenfalls nicht erfaßt. Seinem Wirken war aus diesem Grunde nur geringer Erfolg gegeben, und so verfiel er dem Antisemitismus, mit dessen demagogischer Hilfe er die Arbeiter zu gewinnen hoffte.

Während Stöcker zu den Arbeitern ging, verlangte die evangelische Kirche, daß die Arbeiter zu ihr zu kommen hätten. Auch ihr war der tiefere Sinn der sozialen Frage nicht aufgegangen. Das zeigt ein Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats vom 20. Februar 1878, in dem ge-

sagt wird: „Die Kirche muß versöhnend zwischen den beiden kämpfenden Parteien stehen, soweit sich dieselben auf dem Boden der Gerechtigkeit und des Patriotismus halten.“ Damit nahm die Kirche eine politische Stellung ein, sie bekannte sich als eine Kirche der Patrioten, aber nicht der Mühseligen und Beladenen. Das aber mußte ihr die Massen der Arbeiter nur noch mehr entfremden; sie fiel als glaubensstärkende Kraft für die breiten Massen aus, und das bedeutete, daß sie auch keine Schöpferin einer nationalen Idee sein konnte.

Aus diesen Gründen vermochte die evangelische Kirche auch nichts Entscheidendes gegen die zunehmende Verbreitung des Materialismus Marxscher Prägung unter den breiten Massen zu tun. Neben Marx gewann Darwin mehr und mehr an Einfluß, und der dritte ist Nietzsche mit seinen Thesen vom Willen zur Macht als dem stärksten Instinkt des Menschen und mit dem Satz von der Herren- und Sklavenmoral. Gleichzeitig legte Treitschke ein Bekenntnis zur Macht ab, wodurch vor allem die heranwachsende Generation von der Macht als dem die Politik allein beherrschenden Faktor überzeugt wurde. In jener Zeit, Ende der 80er Jahre, besuchte der junge Austen Chamberlain die Berliner Universität, wo er auch die Vorlesungen von Treitschke hörte. Er berichtet darüber in einem Brief vom 31. Oktober 1887: „Treitschke hat mir eine neue Seite der deutschen Seele eröffnet, einen engstirnigen, stolzen, unduldsamen preußischen Chauvinismus. Und das Schlimmste ist, daß er Schule macht. Wenn man der Jugend eines Landes unentwegt predigt, sie stehe auf einer höheren Stufe der Schöpfung als alle anderen Völker, ist sie nur zu geneigt, es zu glauben, und der Redner, der sich dazu herabläßt, wird volkstümlich werden und große Zuhörermengen anziehen. Aber das ist sehr gefährlich. Ich fürchte, meine deutschen Altersgenossen und die um wenig jüngeren werden weit anmaßender sein und werden sich weit mehr auf die Siege zugute tun als jene, die sie gewannen⁴⁷.“

Damit wuchs schon zu Zeiten Bismarcks eine neue Auffassung von Politik heran, die nur an den Menschen und seinen Willen zur Macht gebunden war, aber weniger an die Entelechie, an die Aufgabe, die einem Volk im Rahmen der anderen Völker gegeben war. Und der Glaube an die Aufgabe Preußens und seine Berufung, diese Aufgabe zu lösen, war doch gerade eine der innersten Beweggründe der Bismarckschen Politik gewesen, und in dieser transzendenten Bindung seiner Politik war auch die letzte Ursache ihrer unerwarteten Erfolge gelegen. Diese neue Auffassung von Politik aber lockerte das politische Verantwortungsbewußtsein der jüngeren Generation vor der Zukunft,

⁴⁷ Austen Chamberlain, Englische Politik, Erinnerungen aus 50 Jahren. Essen 1928, S. 95.

und dadurch mußte sie zugunsten augenblicklicher Machtziele von der nationalen Idee abgelenkt werden. In der heranwachsenden Generation wuchs angesichts der Erfolge, deren Früchte sie genoß, an denen sie aber nicht mitgeschaffen und mitgeblutet hatte, eine nationale Überheblichkeit, die sich einmal politisch auswirken mußte, wenn Bismarck das Ruder des Reiches in andere Hände gelegt haben würde.

Dieser nationalen Überheblichkeit leistete auch die Dichtung Vorschub. Sie war im Grunde blaß, sie gab keine dichterische Durchdringung des Krieges, der zur Einheit geführt hatte. Es waren doch letzten Endes Redensarten, wenn z. B. Geibel meinte:

„Und es muß am deutschen Wesen
einmal doch die Welt genesen.“

Oder wenn Felix Dahn in einer seiner Hymnen feststellte:

„Die Welt gehört den Germanen!“

Das ist keine nationale Idee, sondern Chauvinismus.

Ohne nationale Idee war aber die innere Unfertigkeit des Reiches nicht zu überwinden, weil die politischen Kräfte sich zersplitterten, und weil ohne diese Idee ein Zusammenwirken aller politischen, geistigen und geistlichen Kräfte auf ein gemeinsames Ziel hin nicht möglich war. Wenn Bismarck auch im Sinne der nationalen Idee handelte, so hatte er es unterlassen, sie zu verkünden, und die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die zum Teil von Bismarck selbst gestaltet wurden, erlaubten nicht, daß eine nationale Idee entstand. So blieb das Reich ohne Auftrag zurück, als Bismarck aus dem Amte schied, und an Stelle der nationalen Idee entwickelte sich ein gefährlicher Chauvinismus; denn Chauvinismus entsteht dort, wo sich lebendige politische Kräfte vorfinden, aber eine nationale Idee fehlt.

(Schluß folgt.)